



Bürgerbeteiligungshaushalt Erfurt 2015

Teil A

Vorschläge und Anregungen aus allen Veranstaltungen und Aktionen sowie dem Onlineforum

Februar 2015

Impressum

Herausgeber

Organisationsberatungsinstitut Thüringen e. V.

Arvid-Harnack-Straße 1

07743 Jena

www.orbit-jena.de

Telefon: (+ 49) 03641 / 636 99 16

Fax: (+ 49) 03641 / 636 99 17

Verantwortlich

Ines Morgenstern

Kerstin Fieber-Martin (M. A.)

Luzia Rosenstengel (M. A.)

Redaktionsschluss

Februar 2015

INHALT

1	Einleitung	4
2	Geh- und Radwege	5
3	Schulen und Schulhöfe	12
4	Einsparpotentiale der Stadt	16
5	weitere Anregungen der Bürger/innen	17
6	Beteiligung	21

1 EINLEITUNG

Im Juli 2014 beauftragte die Stadtverwaltung Erfurt das Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT mit der Moderation des Bürgerbeteiligungshaushaltes der Stadt Erfurt für das Jahr 2015. Das Ziel der externen Moderation war es, den Bürgerbeteiligungshaushalt in Erfurt neu zu beleben und mit professioneller Unterstützung eine höhere Beteiligung als in den Vorjahren zu erreichen. Hierzu beauftragte die Stadtverwaltung außerdem eine Werbeagentur, die in Zusammenarbeit mit dem Moderationsbüro eine Werbekampagne erstellte.

Die zentralen Elemente des Beteiligungsverfahrens bauten zunächst auf der Sensibilisierung der Bevölkerung durch eine breit angelegte Werbeaktion auf. Die Beteiligung selbst erfolgte über insgesamt elf Veranstaltungen im Stadtzentrum und den Ortsteilen Erfurts, durch einen Flyer der einen Kurzfragebogen enthielt sowie über das Onlineforum der Stadt. Um eine möglichst breite Beteiligung zu erreichen wurden in den Ortsteilen Löbervorstadt, Möbisburg-Rhoda, Andreasvorstadt, Stotternheim, Herrenberg, Moskauer Platz, Alach, Niedernissa sowie Johannesvorstadt jeweils eine Veranstaltung abgehalten zu der alle Bürger/innen über verschiedene Kanäle (Amtsblatt, Homepage der Stadt, Plakate, Flyer) eingeladen wurden. Den Auftakt für den Bürgerbeteiligungshaushalt machten außerdem zwei zentrale Veranstaltungen in der Innenstadt im Haus Dacheröden.

Im Fokus des Beteiligungshaushaltes für den Stadthaushalt 2015 standen drei zentrale Themen, die intensiv diskutiert wurden. Grundlage für die Themenfindung war die Wohnungs- und Haushalterhebung 2014 in der eine Abfrage von Themenwünschen erfolgte, die Bestandteil des diesjährigen Bürgerbeteiligungshaushaltes sein sollten. Zu „Schule und Schulhöfe“ und „Geh- und Radwege“ zeichnete sich der höchste Diskussionsbedarf bei den Bürgern/innen ab. Die Stadtverwaltung beschloss außerdem das Thema „Haushaltskonsolidierung“ in die Diskussion aufzunehmen. Zusätzlich spielte die Frage „Wie möchten die Bürger/innen zukünftig beteiligt werden?“ für die Weiterentwicklung des Bürgerbeteiligungshaushaltsverfahrens in Erfurt eine Rolle. Im Folgenden sind die diskutierten Themen noch einmal im Überblick aufgeführt:

- „Schule und Schulhöfe“
- „Geh- und Radwege“
- „Einsparpotentiale der Stadt“
- „Wie möchten Sie zukünftig beteiligt werden?“

Die Veranstaltungen bestanden jeweils aus einem informativen und einem interaktiven Teil, bei dem die Ideen und Meinungen der Anwesenden gefragt waren. Informationen erhielten die Bürger/innen zur Funktionsweise des Bürgerbeteiligungshaushaltes, zum Stadthaushalt insgesamt sowie zu einzelnen Themen. Im Anschluss an die

Präsentation hatten die Bürger/innen die Möglichkeit ihre Ideen und Meinungen zu diesen aber auch anderen Themen zu äußern und miteinander zu diskutieren.

Zur verstärkten Bewerbung der letzten Ortsteilveranstaltungen fand zusätzlich auf dem Anger eine öffentlichkeitswirksame Aktion statt. Mit künstlerischer Unterstützung wurden die Bürger/innen auf den Beteiligungshaushalt aufmerksam gemacht, Flyer verteilt sowie Ideen gesammelt.

Während des gesamten Prozesses bestand die Möglichkeit sich über das Onlineforum der Stadt einzubringen. Die Gliederung des Forums entspricht den zentralen Themen. Das Forum wurde regelmäßig mit den Ergebnissen der Veranstaltungen aktualisiert, so dass es jederzeit möglich war, einen aktuellen Stand über die eingebrachten Vorschläge über das Forum zu erhalten.

Das Moderationsbüro informierte die Bürger/innen über Presseartikel nach jeder Veranstaltung sowie über Artikel im Amtsblatt. Darüber hinaus wurden die Bürger/innen weiterhin aufgerufen sich über alle genannten Kanäle zu beteiligen.

In die folgende Übersicht flossen alle Ergebnisse aus den elf Veranstaltungen, der Aktion auf dem Anger, aus dem Onlineforum sowie die zusätzlichen Vorschläge der zurückgesendeten Fragebögen ein. Der ausführliche Abschlussbericht zum Bürgerbeteiligungshaushalt 2015, welcher Anfang 2015 fertiggestellt wird, enthält zudem eine ausführliche Beschreibung der angewandten Methode, die bereits hier dargestellten Ideen und Wünsche der Bevölkerung, die Auswertung der schriftlichen Befragung, Ergebnisse des Workshops sowie Empfehlungen für eine zukünftige Gestaltung des Prozesses der Bürgerbeteiligung.

2 GEH- UND RADWEGE

Verkehrskonzept

In nahezu allen Veranstaltungen wurde die Entwicklung eines **ganzheitlichen Verkehrskonzeptes** für Erfurt diskutiert. Ein solches Konzept sollte alle Verkehrsteilnehmer/innen in den Blick nehmen und deren Bedürfnisse berücksichtigen. Daher bedarf es der Entwicklung einer **Kombination aus Radfahr-, Fußwege-** (mit besonderer Berücksichtigung der umliegenden Ortsteile) und **Parkplatzkonzept**, um die Verkehrssituation besonders in der Innenstadt zu entspannen.

Nach Ansicht der Bürger/innen ist ein entscheidender Aspekt zur Schaffung eines nutzerfreundlichen Verkehrskonzeptes die **aktive Einbeziehung der Bevölkerung**. Dadurch sei gewährleistet, dass die ortsspezifischen Gegebenheiten berücksichtigt

werden und damit teilweise **kostensparende, individuelle Lösungen** gefunden werden können.

Weiterhin wurde diskutiert, dass **Einbahnstraßen** generell für Radfahrer/innen in beide Fahrrichtungen geöffnet werden sollten. Dies würde besonders in der Innenstadt zu einer entspannteren Nutzung der vorhandenen Verkehrswege führen.

Problematisiert wurden außerdem die für Fahrradfahrer/innen teilweise **nicht eindeutigen Vorfahrtsregeln** in neugeschaffenen Kreisverkehren.

Anbindung der Ortsteile

Ein weiterer zentraler Aspekt, der besonders in den Ortsteilveranstaltungen diskutiert wurde, ist die **lückenlose Anbindung der umliegenden Gemeinden** an das Erfurter Radwegenetz.

Besonders Bürger/innen, die kein eigenes Auto besitzen, seien auf das Fahrrad angewiesen und benötigen daher ein **durchgängiges Wegenetz in die Innenstadt**. Eine solche lückenlose Anbindung fördere generell die vermehrte Nutzung des Fahrrades und sei daher auch aus **ökologischer Sicht sehr sinnvoll**.

Aufklärungs- und Kampagnenarbeit

Um neue Konzepte in der Verkehrsplanung zu etablieren, bedarf es der **rechtzeitigen Aufklärung der Bürger/innen**. Dies sollte auf verschiedenen Wegen geschehen, z. B. im Amtsblatt, in Zeitungen, mit Hilfe von Projekttagen in Schulen oder durch die Gewinnung von (Werbe-) Partnern.

Generell wurde der **Ausbau der Verkehrserziehung** in den Schulen gefordert.

Langfristig gilt es eine **Verkehrskultur** zu schaffen, die es zum Ziel hat, die gegenseitige Rücksichtnahme zwischen Fußgänger/innen und Radfahrer/innen herzustellen. Dies muss als dauerhafter Prozess angelegt sein, der in Form von **Kampagnenarbeit** unterstützt wird. Solche stadtweiten Kampagnen können mit Hilfe von Sponsoren oder Interessenverbänden finanziert werden. Gegenseitige Rücksichtnahme ist Grundvoraussetzung, sowohl für ein gelingendes Verkehrskonzept, als auch für die Steigerung des Sicherheitsgefühls aller Beteiligten im Straßenverkehr.

Ausbau der Finanzierung

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt ist der **Ausbau der Finanzierung des Radwegenetzes**. Hierbei dürfe nicht nur der Neubau von Radwegen in den Blick genommen, er müssten dauerhaft finanzielle Mittel für die Instandhaltung bereitgestellt werden. Dies helfe langfristig die Kosten für aufwendige, teure, grundhafte Sanierung der bestehenden Radwege zu senken.

Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch eine Einführung einer **Fahrradsteuer**. Hierzu gab es allerdings genauso viele Pro- wie Kontrastimmen.

Hinsichtlich der Gehwegsituation in der Stadt wurde häufig bemängelt, dass Autos auf Gehwegen parken, deren Beläge für solche Belastungen nicht ausgelegt sind. Dies führt zu einem schnellen **Verschleiß der Gehwegplatten** und damit zu vermeidbaren Kosten. Striktere Parkregelungen können dem entgegenwirken. Darüber hinaus wurde angeregt zukünftig Gehwegbeläge zu verwenden, die für solche Belastungen ausgelegt sind.

Schaffung von Fahrradabstellmöglichkeiten

Ein weiterer Themenschwerpunkt in der Diskussion war der Ausbau der Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Hier wird ein **wachsender Bedarf** besonders bezüglich überdachter Abstellplätze an Haltestellen des ÖPNV und auf Schulhöfen gesehen.

Ein Vorschlag diesbezüglich ist die **Nutzung freier Parkhausflächen** (z. B. Parkhaus am Stadion) für Fahrradabstellplätze (Fahrradboxen).

Barrierefreiheit

In mehreren Veranstaltungen wurde das Problem der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum der Stadt Erfurt thematisiert. Diese sei in Erfurt an vielen Stellen nicht gegeben.

Zunächst ist es aus Sicht der Bürger/innen notwendig, eine **Bestandsaufnahme** zu diesem Thema durchzuführen.

Hinsichtlich zweier Aspekte besteht aus Sicht der Bürger/innen besonderer Handlungsbedarf: die **Oberflächen der Straßen und Gehwege** sowie der **Bordsteinabsenkung**.

Die Oberflächen der Fahrbahnen und Gehwege müssen sich den **verändernden Bedürfnissen der Menschen** anpassen. Hier gilt es besonders **berollbare Flächen** zu schaffen, die die Mobilität aller Menschen mit Gehbehinderung verbessern.

Auch die Schaffung von **Ruheinseln und Sitzmöglichkeiten** im öffentlichen Raum würde zur Mobilitätsverbesserung beitragen.

Die Absenkung der Bordsteine ist beim Neubau oder einer grundhaften Sanierung von Gehwegen bereits gegeben. Ein Vorschlag bezüglich des „Altbestandes“ an Gehwegen war die **Schaffung alternativer, temporärer Lösungen**, z. B. Rampen, an besonders schlecht begehbaren Stellen.

ortsteilspezifische Anregungen

Andreasvorstadt:

- Modernisierung MAR073 soll wieder aufgenommen werden.
- Zuführung in die Stadt (Radweg) über Nordhäuserstraße ist mangelhaft.
- Beim Ausbau der Nordhäuserstraße wurden die Bürger/innen nicht einbezogen (z.B. Radweg wird ohne Konsultation der Bürger/innen gebaut)
- Sanierung kleinerer Straßen (Nebenstraßen) müssen vorangetrieben werden (häufig alt, kaputt, verdreckt). → z.B. Nordstraße
- In der Talstraße, der Nordstraße und der Gerberstraße ist eine Gehwegsanierung dringend notwendig.

Löbervorstadt

- Renovierung beim Presseclub → Fahrradfahrer/innen wurden „vergessen“ (abgesenkte Bordsteine fehlen).
- Ampelschaltungen sind für Radfahrer/innen zum Teil zu kurz (z.B. Kreuzung Windhorststraße).

Möbisburg-Rhoda

- Fehlende Gehwege in diesen Ortsteilen und dazwischen sind eine generelle Gefahrenlage (besonders im Dunkeln).
- Zwischen Bischleben und Möbisburg fehlt ein Radweg (ca. 1 km).
- Der Wegfall von befestigten Wegen an den Straßenrändern ist eine Gefahrenstelle.
- In der Rhodaer Chaussee bedarf es der Wiederherstellung der Rad- und Fußwege.
- Bei fehlenden Fahrradwegen an Feldern ergibt sich folgendes Problem: Eigentümer der Felder müssten sich an den Kosten beteiligen. Eine Veränderung dieser Regelung könne dazu beitragen, dass mehr Radwege entstünden.
- Zusätzliches Problem und Gefahrenquelle ist die fehlende Straßenbeleuchtung, z. B. zwischen Möbisburg und Rhoda (trotz Sanierung der Straße). Hier könnte durch solarbetriebene Beleuchtung kostengünstig Abhilfe geschaffen werden.
- Weg zum Bahnhof ist nicht saniert, bzw. mangelhaft und verwildert. Parallel verläuft ein verwilderter Waldweg. Diesen zu sanieren bedeute eine sinnvolle Verbindung der einzelnen Ortsteile.
- Stadt als Eigentümer der Kleingartenanlage (Pacht) ist verantwortlich für Entwässerung, nimmt aber diese Pflicht nicht wahr.
- Die Verlegung von Buslinien, ein niedrighwelliges Mittel der Erschließung der Ortsteile, ist notwendig. Statt überlanger Buslinien sollten eher kleiner Schleifen eingerichtet werden.

- An der Bushaltestelle Butterberg fährt der Bus nur in eine Richtung. Um in die Gegenrichtung zu fahren, ist ca. 1km Fußweg notwendig.

Stotternheim:

- Magdeburger Allee ist gefährliche Zone für Radfahrer. Alle Verkehrsteilnehmer/innen teilen sich diese Straße, daher ist mehr gegenseitige Rücksichtnahme erforderlich.
- Andreasstraße ist für Radfahrer/innen gefährlich.
- In der Innenstadt von Nordhäuserstraße Richtung Gispersleben ist das Radfahren ebenfalls schwierig.
- In Schwerborn ist in Richtung Erfurt ein Radweg notwendig.
- Richtung Marbach wechseln sich Radweg und Fußweg ab, es fehlt die Durchgängigkeit.
- Ausgehend vom Bahnübergang Richtung Strandbad gibt es keinen Fuß- bzw. Radweg. Alle Verkehrsteilnehmer/innen (Autos, Radfahrer, Fußgänger) müssen sich die Strecke teilen, was diese sehr gefährlich macht. (Seit 2008 sollte eigentlich ein Rad- und Gehweg fertiggestellt sein)
- Am Bahnübergang Richtung Schwansee führt der Fußweg nur in Richtung Feld.
- Von Richtung Gispersleben nach Kühnhausen führt der Radweg irgendwann auf die Straße bzw. auf eine Schotterpiste.

Herrenberg:

- Am Treppenaufgang im Wohngebiet Herrenberg ist eine Lampe notwendig.
- Sicherheitsaspekte: Von der Haltestelle der Linie 4 ins Wohngebiet ist der Weg zwischen Friedhof und Turnhalle nicht beleuchtet. Dies führt zu Einschränkungen und Angstempfinden in der Dunkelheit im Wohngebiet.
- Problem: Beleuchtung im Wohngebiet liegt in privater Hand, evtl. kann man über Öffentlichkeitsarbeit darauf aufmerksam machen. Ebenso beim Winterdienst: im Winter ist teilweise eine dicke Eisschicht auf den Gehwegen.
- Radweg Kranichfelder Straße: schmaler Fußweg, Kies drauf, sehr gefährlich, nachts besonders gefährlich, schlechter Zustand
- Radweg Blücherstraße: schlecht einsehbar, nur als Notlösung zu betrachten
- Fahrradfahrer fahren auf dem Rad-/Fußweg Magdeburger Allee entgegen der Fahrbahnrichtung → dieser Radweg ist sehr gefährlich
- Die Betonplatten auf dem Gehweg Melchendorfer Straße in Richtung Melchendorf sind vor allem für Rollstuhlfahrer ungeeignet. Hier bedarf es dringender Sanierung.
- Radweg Andreasstraße: Radwegkonzept dieser Straße ist noch nicht hinreichend bekannt, einige befahren den Radweg in die Gegenrichtung

- Fußweg Straßenbahnlinie vor Kaufland: Die hohe Geschwindigkeit der Radfahrer/innen macht die Nutzung für Fußgänger/innen sehr gefährlich.
- Stauffenbergallee und Clara-Zetkin-Straße: Gemeinsame Nutzung als Rad- und Gehweg ist gefährlich („Kollision mit Fußgängern“).

Gispersleben:

- Die Straße vor der Eisdiele ist in einem sehr schlechten Zustand und dringend sanierungsbedürftig.
- Die Ringstraße ist auf einer Länge von 50 m sanierungsbedürftig (Ortsdurchfahrt).

Moskauer Platz:

- In nördlicher Richtung Gera-Radweg: In diese Richtung ist er nicht durchgängig befahrbar (Zugang nach Tiefthal fehlt, Landstraße nach Tiefthal zu eng) Die derzeitige Tempo-60 km/h- Beschränkung ist nur eine kurzfristige Lösung. Es ist kein Weg für Radfahrer/innen gegeben, dies ist vor allem im Dunkeln sehr gefährlich.

Alach:

- Ausbesserungsarbeiten der Gehwege werden zum Teil aus dem Ortsteilratsbudget finanziert.
- Fußweg Obergasse: (Weg am Kindergarten – Verbindung zum Parkplatz) ist dringend erforderlich.
- Verbindungsstraßen nach Schaderode sind nötig.

Niedernissa:

- Radweg nach Urbig ist gut ausgebaut, endet aber leider dort.
- Radwege um Niedernissa sind fast überall unterbrochen.
- Sauberkeit der Straßen im Wohngebiet ist mangelhaft („Verwilderung“), öffentliche Mülleimer fehlen.

Windischholzhausen:

- Radwege stadteinwärts sind nicht durchgängig.
- Clara- Zetkin-Straße benötigt einen Radweg.

Johannesvorstadt:

- Magdeburger Allee: ordentlicher Radweg ist notwendig → bisherige Situation ist gefährlich für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen, Kreuzungsbereiche sind zugeparkt → schlechte Sicht aus Nebenstraßen

- Greifswalder Straße: sehr schlechter Zustand der Gehwege, Straße ist mit dem Fahrrad sehr schlecht befahrbar, Fußgängerampel („Drückerampel“) behindert den flüssigen Verkehr
- Eislebener Straße: Radweg fehlt, Straße ist ungepflegt

3 SCHULEN UND SCHULHÖFE

Finanzierung der Schulen

Die Finanzierung der Schulen wird von vielen Bürgern/innen problematisch gesehen – seit Jahren nehmen sie einen massiven Investitionsstau wahr. Es bedürfe der **Erstellung eines Investitionsplanes** über die nächsten Jahre und einer erheblich umfangreicheren **Bereitstellung von Haushaltsmitteln**, um eine zügige **Auflösung des Investitionsstaus** zu ermöglichen. Für die Schul- und Schulhofsanierungen galt bisher nach Meinung der Bürger/innen eher Schadensbegrenzung als grundhafte Sanierung. Hieraus ergibt sich das Problem, dass ohne **Bereitstellung finanzieller Mittel für eine langfristig angelegte Instandhaltung** der Schulgebäude zukünftig immer häufiger kostspielige Komplettanierungen notwendig werden.

Gefordert wird zudem die **Erstellung ein verlässlichen Konzeptes**, wie die Schulgebäude und die Außengelände der Erfurter Schulen den **Anforderungen aus steigenden Schülerzahlen** und den Erfordernissen der **Inklusion** entsprechend ertüchtigt bzw. nachhaltig saniert werden sollen.

Die Aufstockung des Budgetrahmens des Amtes für Bildung für die **Projektförderung sei in dem Falle notwendig**. Auch die Schulbudgets müssten nach Jahren der Kürzungen wieder angehoben werden.

Für die Schulen müssten die **Fahrt zum Schulsport/Schulschwimmen** oder zu Projekt „Lernen am anderen Ort“ kostenfrei sein und **nicht zu Lasten des Schulbudgets** gehen.

Die **Nutzung von Räumlichkeiten und Sportanlagen der Landeshauptstadt Erfurt**, inklusive der Nutzung der Leichtathletik- und Eislaufhalle muss für die Schulen auch über den Schulsport hinaus **kostenfrei** sein, forderten die Bürger/innen in den verschiedenen Veranstaltungen.

Gemeinsam mit den Schulen solle ein **„Sonderbudget“** für die enormen Aufgaben aus individueller Förderung und **Inklusion** erarbeitet und verbindlich vereinbart werden.

Umgestaltung von Schulhöfen

Eine große Zahl der Schulhöfe der Erfurter Schulen sei nicht an die sich verändernden Bedarfe der Schüler/innen angepasst. Besonders vor dem Hintergrund der sich ausweitenden **Einrichtung von Ganztagschulen**, müssten sich auch die **Schulhöfe zu attraktiven Aufenthaltsorten** für die Kinder und Jugendlichen entwickeln.

Die Gestaltung von Schulhöfen müsse **mit den Schüler/innen und dem Schulpersonal** sowie im Hinblick auf die **Schulkonzepte** erarbeitet werden. Damit würde gewähr-

leistet, dass auch aus pädagogischer Sicht der Schulhof nutzbar gemacht wird, z. B. durch die **Einrichtung von Schulgärten**.

Öffnung der Schulhöfe für alle an Nachmittagen

In einigen Ortsteilveranstaltungen wurde der Vorschlag diskutiert, die Schulhöfe am Nachmittag öffentlich zugänglich zu machen. Damit diene der **Schulhof gleichzeitig als Spielplatz und Aufenthaltsort** für Kinder und Jugendliche im Stadtteil. Es brauche darüber hinaus auch mehr **frei zugängliche Bolzplätze**.

Hürden: Instandhaltung von Spielplätzen auf Schulhöfen, Problem Vandalismus
 Genehmigung durch Träger
 Fragen der Versicherung

ortsteilspezifische Anregungen

Möbisburg-Rhoda:

- Trockenlegung des Schulgebäudes ist nötig
- Die Kinder und Jugendlichen brauchen einen Bolzplatz
- Ein Teil des Schulhofes (ca. 80m²) ist in Privatbesitz, dies erschwert die Nutzung – hier besteht der Bedarf, dieses Stück zur Nutzung hinzuzubekommen
- Sanierung des Schulhofs (Spielgeräte etc.) geschieht überwiegend durch Eigeninitiative
- Sportplatz ist verschlossen → Nutzungsgebühren werden erhoben → dies verhindert das von den Bürgern/innen initiierte Wegekonzept
- Benutzungsgebühr für Vereine wird erhoben – trägt dazu bei, dass Vereine den Platz nicht mehr nutzen, weil sie die Kosten nicht tragen können

Stotternheim:

- Regelschule Stotternheim: der Sportplatz ist zu weit weg, um diesen für Sportunterricht zu nutzen
- Geplant ist der Neubau einer Sporthalle im Ortsteil. Für den Standort der Halle gibt es bereits Pläne, die Finanzierung ist jedoch noch nicht in den Haushalt eingestellt.

Gispersleben

- Schule ohne Wärmedämmung, mit alten Fenstern, kaputter Außentreppe, Fassade muss erneuert werden
- einige Räume der Schule können aufgrund baulicher Mängel nicht genutzt werden

- Die Grundschule Gispersleben ist bereits relativ voll besetzt, wohingegen ein Teil des Ratsgymnasiums leer steht. Solche Verfügbarkeiten gilt es generell zu prüfen und zu nutzen.

Moskauer Platz:

- Grundschule 28/Bukaresterstraße:
 - Putz bröckelt von der Fassade
 - Brandschutz ist nicht gegeben
 - Schulhof nicht komplett nutzbar
 - es werden Räume gebraucht, vorhandene Räume sind zum Teil nicht nutzbar aufgrund von Bauфälligkeit
- Es wurde seitens der „Betroffenen“ bereits sehr viel in die Wege geleitet (Öffentlichkeit und Medien wurden angeschrieben, Elternvertretung hat sich schon an politische Parteien gewandt, usw.). Trotz der Bekanntheit des Problems wurde bisher noch nichts unternommen.

Alach:

- In der Schule in Alach ist viele Jahre nichts investiert worden. Mittlerweile findet eine schrittweise Sanierung statt. Es muss zukünftig aber kontinuierlich Geld in die Instandhaltung fließen.
- Für die Schule in Alach ist der Förderverein eine wichtige Unterstützung. Kleinere Maßnahmen werden (aufwendig) durch die Schule selbst initiiert.
- Die Umgestaltung der Schulhöfe bedeute Folgekosten (Pflege, Wartung usw.) – diese werden von der Stadt nicht getragen.
- Die Schule übernimmt außerdem die Fahrtkosten aller Schüler/innen zur außerhalb gelegenen Turnhalle. Dieses Geld geht vom Schulbudget ab und schmälert damit das von vornherein geringe Budget.
- Auch Fahrtkosten zu Veranstaltungen (Schwimmhalle, Eishalle usw.) werden nicht durch die Stadt gefördert. Damit ist die Schule gegenüber denen im Stadtzentrum im Nachteil.
- Die auskömmliche Finanzierung der Schulen muss gewährleistet werden! Investitionen müssen sichergestellt und ausgebaut werden.
- Alach braucht eine Sporthalle bzw. eine überdachte Sportmöglichkeit (auch in Bindersleben gibt es keine Sporthalle).
- Kreative Lösungen sind gefragt – z. B. Umnutzung bereits vorhandener Räumlichkeiten.

Altstadt:

- Puschkinschule (hat großen Einzugsbereich):
 - mangelnde Schulhofausstattung

- Spielgeräte sind zum Teil defekt
- Betonplatten sind in schlechtem Zustand → teilweise Gefahrenpotential
- Gestaltung des Schulhofes entspricht nicht den Erfordernissen bzw. Bedürfnissen der Kinder.
- Wunsch: Sonnensegel, freie Fläche (nach Baumabholzung) nutzen (z. B. Kletternetz), Balancierstangen
- Schule braucht neuen Innenanstrich
- Winterdienst auf dem Schulgelände ist nicht ausreichend (Vorschlag: Räumfahrzeug für mehrere Schulen anschaffen und die Nutzung aufteilen).

Johannesvorstadt:

- Grundschule 23: Die Sanierung des Schulhofs ist notwendig.
- Grundschule Rieth: Die Sanierung des Schulhofs ist ebenfalls notwendig.
- Vorschlag: Wettbewerb „Schönster Schulhof“ ins Leben rufen, dies fördert die Elterninitiative

4 EINSARPOTENTIALIALE DER STADT

Gefragt nach möglichen Einsparpotentialen innerhalb des städtischen Haushaltes wurden von den Bürgern/innen die folgenden Themen eingebracht.

Mehrere Bürger/innen sehen Einsparpotenzial besonders bezüglich baulicher Großprojekte, z. B. das Stadion (Multifunktionsarena).

Es solle im Vorfeld von großen Bauprojekten immer geprüft werden, inwieweit sich vorhandene **Kapazitäten nutzen lassen**, statt neu zu bauen.

Vorschläge der Stadt, so der Wunsch der anwesenden Bürger/innen, müssen immer so formuliert werden, dass deutlich wird, wo das Geld für eine bestimmte Maßnahme herkommen soll (**Gegenfinanzierung**).

Die **frühzeitige Einbindung der Bürger/innen** im Vorfeld der Beschlüsse, insbesondere vor großen Bauvorhaben sei immer zu gewährleisten. Dies fördere zudem die Transparenz solcher Prozesse.

Mehrere Bürger/innen merkten an, die Zuständigkeiten der Stadtverwaltung sollten überdacht werden. Möglicherweise könne eine Auslagerung bestimmter Verantwortlichkeiten in **Eigenbetriebe** einen finanziellen Vorteil bringen.

In nahezu allen Veranstaltungen wurde eine Senkung der Personal- und Verwaltungskosten innerhalb der Stadtverwaltung angeregt. Hierzu müsse eine Umsetzung des vorhandenen **Personalentwicklungskonzepts** der Verwaltung zügig vorangetrieben werden.

Um Einnahmen durch sich ansiedelndes Gewerbe zu erzielen, müsse die Infrastruktur ausgebaut sein (z. B. Radwege für Angestellte).

Es müsse vermehrt in **grundständige Sanierungen** sowie nachhaltiges, effektives Bauen investiert werden. Eine kurzfristige Behebung bestehender Mängel sei auf Dauer die teurere Variante.

Diskutiert wurde darüber hinaus die **Finanzierung der kulturellen Einrichtungen** der Stadt Erfurt. Hier herrschte unter den beteiligten Bürger/innen Einigkeit darüber, dass hieran nicht gespart werden solle.

5 WEITERE ANREGUNGEN DER BÜRGER/INNEN

Neben den drei Themenfelder diskutierten die Veranstaltungsteilnehmer/innen auch andere Anliegen. Diese sind im Folgenden zusammengefasst.

Mehr Handlungsspielraum für die Ortsteile:

In mehreren Ortsteilveranstaltungen wurden die Handlungsspielräume der Ortsteilgremien diskutiert. Hintergrund hierfür ist die Ansicht, dass die **Handlungsfähigkeit der Ortsteilräte mehr und mehr eingeschränkt** wird – die Entscheidungsbefugnisse der Ortsteilbürgermeister gehen mehr und mehr zurück.

Um finanzielle Mittel der Stadt effizienter nutzen zu können, bräuchten die Ortsteilräte **mehr Befugnisse**. Notwendig sei darüber hinaus **ein auskömmliches Budget**, denn nur so können nachhaltige Investitionen gelingen. Weiterhin müsse die Möglichkeit geschaffen werden, Geld über mehrere Jahre anzusparen, welches dann für größere Investitionen im Ortsteil zur Verfügung steht.

Generell, so der Konsens in den Veranstaltungen, müsse die Arbeit der Ortsteilräte und deren Entscheidungen durch die Stadt verstärkt ernstgenommen werden.

Einige Bürger/innen sprachen sich für die **Schaffung bzw. den Ausbau von Anlaufstellen** in den Ortsteilen aus, in denen sie ihre Anliegen vorbringen können.

Vorgeschlagen wurde 2 weitere Ortsteilräte (ggf. Bürgerbeiräte) in den Ortsteilen Johannesvorstadt und Krämpfervorstadt zu schaffen.

Neben den Ortsteilgremien wünschen sich auch **Bürgerinitiativen mehr Wertschätzung und Unterstützung** ihrer Arbeit.

Grünanlagen

Die Pflege von Grünanlagen in den Ortsteilen könne häufiger durch Anwohner/innen übernommen werden, so die Aussage in mehreren Ortsteilveranstaltungen. Hier wird sich von den Anwesenden mehr Beteiligung und direkte Ansprache durch die Stadt gewünscht.

Einige Bürger/innen schätzten die Pflege der städtischen Grünanlagen als mangelhaft ein. Sie regten daher an, die Qualität der **Dienstleister für die Pflege öffentlicher Flächen** zu prüfen und ggf. durch andere zu ersetzen.

In mehreren Ortsteilveranstaltungen wurde angebracht, dass sich eine Neubepflanzung nach Baumfällarbeiten unnötig schwierig gestalte. , eine **Kostenbeteiligung der Stadt an Baumbepflanzung** sei nicht gegeben (so wurden z. B. in Wiesenbach 38 Bäume gefällt und nicht wieder gepflanzt).

Vorschlag: Ausbau von Beet- und Grünanlagen- Patenschaften

Lärmschutzmaßnahmen

Besonders in den Veranstaltungen nahe der Innenstadt wurde das Thema des Lärmschutzes häufig diskutiert. Mehrere Bürger/innen wünschen sich eine Bestandsaufnahme der Lärmbelastung in der Stadt. Es sei zu prüfen, an welchen Stellen in Erfurt sich der Lärm durch eine **Veränderung der Verkehrsführung** verringern ließe.

Weiterhin, so der Wunsch der Anwesenden, müsse erfasst werden (unter Mitarbeit der Bürger/innen) wo **Schallschutzwände** notwendig seien.

Ampelschaltungen

Ebenfalls vorwiegend in den innenstadtnahen Veranstaltungen wurde die Ampelschaltung thematisiert. Konsens herrschte darüber, dass in der Innenstadt die Länge der **Grünphasen der Fußgängerampeln** zu prüfen sei. Besonders für ältere Menschen und Gehbehinderte seien diese unzureichend. (z. B. Schlüterstraße)

Vorschlag: mehr schlafende Ampeln etablieren

Vergaberichtlinien bei Baumaßnahmen

In drei Veranstaltungen beschäftigte die Bürger/innen das Thema der **Vergaberichtlinien bei städtischen Baumaßnahmen**. Es wurde die Forderung geäußert, dass diese hinsichtlich ihrer Effizienz und Kosten zu überarbeiten seien. So gäbe es häufig erhebliche Differenzen zu anderen Anbietern. Außerdem sollten **vermehrt regionale Betriebe für Baumaßnahmen** herangezogen werden, wodurch deren **regionale Kompetenzen** genutzt werden können. Dies führe häufig zu deutlich schnelleren und kostengünstigeren Lösungen.

städtische Aufgaben und Transparenz

In nahezu allen Veranstaltungen wurde das Thema der **mangelnden Transparenz der städtischen Verwaltungskosten** thematisiert. Die Bürger fühlen sich nur unzureichend hierüber aufgeklärt. Haushaltsklarheit sei aber für alle Bürger/innen wichtig, besonders hinsichtlich der Kosten von Verwaltungsgebäuden oder Schulen etc. müssen bessere Einblicke gegeben sein. Diesbezüglich wurde auch der Wunsch nach einem verstärkten **ressourcenorientierten Umgang** der Verwaltungsmitarbeitern/innen der Stadt (z.B. kein unnötiges Licht oder unnötige Kopierarbeiten etc.) thematisiert.

Besonders im Hinblick auf den **Hochwasserschutz** wurde durch mehrere Bürger/innen ein Mangel seitens der Stadt bezüglich der **Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben** diskutiert.

So werde einerseits der Hochwasserschutz (z. B. Bau von Entwässerungsgräben) nicht ausgebaut bzw. noch bestehende Hochwasserschäden nicht beseitigt.

Als ebenso mangelhaft wurde durch die anwesenden Bürger/innen der **Winterdienst** in der Stadt bezeichnet. Angemerkt wurde, dass auch viele Bürger/innen ihre Räumpflicht nicht wahrnehmen und daher stärker in die Pflicht genommen werden müssten.

z. B. Am Katzenberg 7, Melchendorf: Dies ist eine Sackgasse ohne Bürgersteig, daher ist nur die Fahrbahn nutzbar. Hier wird im Winter nicht geräumt, wodurch sie teilweise nicht begehbar ist. Besonders für ältere Menschen sei dies sehr problematisch.

Als einen Vorschlag nannten Bürger/innen außerdem, **Sport als Eigenbetrieb der Stadt aufzulösen** und wieder in die Verantwortung der Stadt zu legen.

Die Stadt muss die **Teilhabemöglichkeiten finanziell benachteiligter Bürger/innen fördern**, um Ausgrenzung entgegenzuwirken. Viele kulturelle Einrichtungen sind für einige Bürger/innen nicht bezahlbar (z. B. EGA, Galerie Krönbacken, Domstufenfestspiele).

Seniorenfreundlichkeit

In zwei Veranstaltungen wurde über die **Seniorenfreundlichkeit der Stadt** diskutiert. Erfurt müsse seniorenfreundlicher werden. Hierzu bedürfe es vor allem folgender Maßnahmen:

- Förderung der Seniorenarbeit,
- Kulturbegegnung fördern,
- **Begegnungsräume schaffen**, vorhandene besser ausnutzen,
- Seniorenzentren einrichten.

ÖPNV

In nahezu allen Veranstaltungen wurde der öffentliche Personennahverkehr kritisch diskutiert. Einigkeit herrschte darüber, dass der **ÖPNV-Kosten-Plan zu überarbeiten sei**, vor allem für Sozialhilfeempfänger seien die Preise zu hoch.

- Vorschläge: Kurzfahrzone, Kurzfahrtickets, Sozialticket, kostenloser Nahverkehr
→ Wenn mehr Personen den ÖPNV nutzen, wird es für alle günstiger.

Weiterhin wünschten sich die Anwesenden eine bessere **Einbindung der Randgebiete in den ÖPNV**. Besonders in den ländlich geprägten Gebieten sei dieser nur unzureichend.

Kritisiert wurde darüber hinaus auch die **Richtungseinschränkung der Fahrkarten**. Fahrkarten dürften nicht nur in eine Richtung nutzbar sein.

- Möbisburg-Rhoda

Im Ortsteil Möbisburg-Rhoda wurden zum Thema Nahverkehr folgende ortsteilspezifische Anmerkungen gemacht:

- Die Haltestelle der Linie 60 fährt nicht immer in beide Richtungen
- Die Linie 51 sollte die Haltestelle am Denkmal anfahren (ca. 1km Umweg).
- Schlechte Busanbindung während der Baumaßnahme → Pfaffenstieg zum Bahnhof ist die kürzeste Verbindung in die Stadt

- Alach:

In Alach wurde die Verteilung der **Bushaltestellen im Ortsteil** als zum Teil nicht sinnvoll bezeichnet.

weitere ortsteilspezifische Anregungen

Windischholzhausen:

In diesem Ortsteil fehlt ein **ausreichend großer Raum für Bürgerveranstaltungen**.

- Vorschlag: Beim Neubau des Sportplatzes ein Bürgerhaus integrieren.

Herrenberg:

Mehrere Bürger/innen wünschen sich, dass das **Stadtteilzentrum Herrenberg**, besonders für Senioren/innen dauerhaft erhalten bleibt. Hier sollten mindestens einmal im Monat Treffen stattfinden. Die Ausstattung sei derzeit noch sehr mangelhaft.

Die **Schließung der Bibliothek am Herrenberg** stößt bei den Bürger/innen auf wenig Verständnis. Bibliotheken seien als Begegnungsstätte und Stadtteiltreffpunkt zu nutzen, da sie die Möglichkeit bieten, ohne finanzielle Aufwendungen soziale Kontakte pflegen zu können.

- Vorschlag: Bibliothek am Südpark hier her verlegen

6 BETEILIGUNG

Neben den drei Themenfeldern wurden die Teilnehmer/innen der Veranstaltungen außerdem gebeten, ihre Ideen und Wünsche zur Bürgerbeteiligung insgesamt zu diskutieren. Im Mittelpunkt stand dabei, wie die Bürger/innen zukünftig beteiligt werden möchten. Die Ergebnisse dieser Diskussion werden im Folgenden vorgestellt.

Beteiligungskultur schaffen

In nahezu allen Veranstaltungen war der Ausgangspunkt der Diskussion die Ansicht, dass **mangelnde Beteiligung der Bürger/innen** ein allgemeines Problem sei. Es sei lediglich ein gewisses Maß an Interesse erkennbar, wenn Themen diskutiert werden, die die Menschen direkt betreffen. Vielen Bürger/innen, so die Aussage mehrerer Veranstaltungsteilnehmer/innen, fehle das Nachhaltigkeitsdenken bezüglich einer dauerhaften bürgerlichen Beteiligung. In allen Veranstaltungen sprachen sich die Anwesenden für die **Etablierung einer dauerhaften Beteiligungskultur** aus. Dies müsse ein Prozess sein, der langfristig betrachtet dazu führt, dass Bürgerbeteiligung **ein fester und wichtiger Bestandteil der politischen Kultur** in der Stadt Erfurt werden kann.

Ein solcher Prozess muss nach Ansicht der beteiligten Bürger/innen bereits frühzeitig starten. Daher müsse die Idee **von Bürgerbeteiligung bereits in Kindertagesstätten und Grundschulen** beginnen. Dies biete zusätzlich den Vorteil, dass sich auch junge Menschen zukünftig verstärkt in das politische Geschehen ihrer Stadt einbringen. Hierzu bedürfe es umfassender **Aufklärung und Transparenz** der politischen Entscheidungsfindung.

Durch mehrere Teilnehmer/innen wurde angeregt, das Thema Bürgerbeteiligung mit Hilfe von **Weiterbildungen für Sozialkundelehrer/innen** in die Schulen zu bringen und mit den Schülern/innen zu diskutieren (Projektstunde). Dies ließe sich, so die Anregung eines Bürgers, zum Beispiel über das ThiLLM finanzieren.

Weiterhin wurde in einigen Veranstaltungen argumentiert, dass es für die dauerhafte Etablierung einer Beteiligungskultur **Kontinuität** braucht. Bürgerbeteiligung funktioniere am besten, wenn sie in Form eines **permanenten Prozesses** (z.B. durch feste immer wieder kehrende Termine) eingerichtet wird.

Transparenz und Wertschätzung

Der Großteil der anwesenden Bürgerinnen und Bürger war sich einig darüber, dass generell **mehr Informationen und Aufklärungsarbeit** notwendig sein. Viele Menschen wüssten mit dem Begriff des Bürgerbeteiligungshaushaltes nichts anzufangen.

Ein wichtiger Aspekt hierzu sei die **Transparenz der städtischen Finanzplanung**. Eine langfristige Finanzplanung der Stadt, die für alle Bürger/innen transparent gemacht wird, schaffe Verlässlichkeit und Planbarkeit für alle beteiligten Akteure.

Der zentrale Faktor für das Funktionieren von Bürgerbeteiligung, so der Konsens in allen Veranstaltungen, sei die **Sichtbarmachung der Ergebnisse**. Beteiligung funktioniere nur dann, wenn die Bürger/innen spüren, „dass es etwas gebracht hat und vor allem, dass die Beteiligung auch wirklich gewollt ist“. Es müsse von Beginn an deutlich werden, dass besonders die **Stadtratsfraktionen den Bürgerbeteiligungsprozess unterstützen**.

Ein wichtiger Aspekt, der ebenfalls in allen Veranstaltungen diskutiert wurde, ist die **Wertschätzung des Bürgerwillens**. Probleme der Bürger/innen müssen von den Politikern/innen, als ihren Interessenvertreter/innen besser wahrgenommen werden. Es bedürfe hierzu einer **verbesserten Anerkennungskultur**. Mehrere Bürger/innen sehen hierbei noch starke Defizite seitens des Stadtrates.

Der Bürgerwillen müsse vermehrt berücksichtigt werden, z. B. sei dies bei der Gestaltung des Hirschgartens nicht geschehen. Anzuraten wäre die **Veröffentlichung einer Abstimmungsliste** zu anstehenden Investitionen der Stadt.

Die Rückmeldung an die Bürger/innen müsse zudem niedrigschwellig sein. Um die verschiedenen Bevölkerungsgruppen über die Gründe für bestimmte Entscheidungen zu informieren bedarf es der **Nutzung einer Vielzahl von Medien** (vergleiche auch Abschnitt Öffentlichkeitsarbeit).

Auch seitens der Ortsteilgremien und der Ortsteilbürgermeister/innen wurde eine Verbesserung der Wertschätzung ihrer Arbeit durch den Stadtrat gewünscht.

dezentrale Veranstaltungen

Nach Ansicht der anwesenden Bürger/innen in den Bürgerversammlungen vor Ort sind **dezentrale Veranstaltungen ein sehr gutes Mittel** um die Menschen zu erreichen und für das Thema Bürgerbeteiligungshaushalt aufzuschließen. Solche „face-to-face-Diskussionen“ ermöglichen den **direkten Austausch in kleineren Gruppen** und fördern die Solidarität.

Auch der überwiegende Teil der anwesenden Ortsteilratsmitglieder sprach sich für eine Dezentralisierung der Veranstaltungen aus.

Wichtige Aspekte, die es bei der Planung solcher Veranstaltungen zu berücksichtigen gelte, seien die **Uhrzeiten und die Dauer der Veranstaltungen**. Diese müssten den Arbeitszeiten der Bürger/innen angepasst sein. Außerdem müsse zukünftig vermehrt darauf geachtet werden, dass die Veranstaltungsorte barrierefrei zugänglich sind.

Uneinigkeit herrschte unter den Teilnehmern/innen darüber ob konkrete thematische Schwerpunkte oder eine offene Diskussion mehr Menschen ansprechen. Für inhaltliche Themenschwerpunkte seien zukünftig **mehr Fachexperten** wünschenswert.

Einige Bürger/innen schlugen vor, **Bürgerhaushaltsveranstaltungen mit Straßen- und Stadtfesten zu verbinden**, da dies die Möglichkeit biete, eine große Zahl an Menschen direkt anzusprechen.

Öffentlichkeitsarbeit

In einem **Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit** sah die deutliche Mehrheit der Anwesenden einen entscheidenden Faktor für eine gelingende Bürgerbeteiligung. Hier wurde besonders die **Nutzung der digitalen Medien** diskutiert. Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt mit Hilfe des Internets sei dringend zu verbessern. Folgende Punkte wurden diesbezüglich diskutiert:

- Das Onlineforum ist veraltet und unübersichtlich, daher nur bedingt zur Diskussion geeignet.
- Die Stadt benötigt einen Facebook-Auftritt. Dies spreche besonders jüngere Menschen an.
- Angedacht werden sollte auch ein Newsletter, mit Hilfe dessen interessierte Bürger/innen auf direktem Wege über städtische Belange informiert werden können.

Besonders die **Ansprache der jüngeren Bürger/innen** müsse deutlich verbessert werden.

Um die Menschen für eine aktive Beteiligung am Bürgerhaushalt aufzuschließen bedürfe es einer **umfangreichen Werbekampagne**. Diese sollte, so die Ansicht mehrerer Bürger/innen, an Themen ausgerichtet sein, die die Bürger/innen konkret betreffen. Als geeignete Werbemittel wurden vor allem Folgende genannt:

- Plakate (z. B. in der Stadtverwaltung oder direkt an den Hauseingängen der Menschen),
- Postwurfsendungen,
- Amtsblattartikel (ggf. mit einer Einlage im Amtsblatt in Form eines Feedbackbogens),
- Straßenbahn- und Bushaltestellenwerbung,
- Postkarten,
- sowie die vermehrte Nutzung der Schaukästen an den Bürgerhäusern in den Ortsteilen.

Um eine Rückmeldung an die Bürger/innen zu geben wurden darüber hinaus die **Einbeziehung bereits bestehender Gremien und Veranstaltungen** vorgeschlagen. So

könne z. B. über die Ortsteilratssitzungen oder Stadtteilkonferenzen ein Teil der Menschen direkt informiert werden.

Bürgerbefragung und Bürgerbeteiligungsvertretung

Mehrere Bürger/innen wünschten sich die Einführung von **Abstimmungsverfahren bei großen Investitionen** oder Vorhaben. Hierzu müsse über bevorstehende Entscheidungen informiert und diskutiert werden, um anschließend die Bürger/innen abstimmen zu lassen.

Mehrere Veranstaltungsteilnehmer/innen wünschten sich eine **regelmäßige Bürgerbefragung**, durch die erfasst werden soll, bezüglich welcher Themen die Menschen am dringendsten Handlungsbedarf sehen.

Weiterhin wurde die **Etablierung einer Bürgerbeteiligungsvertretung** vorgeschlagen, die durch die Verwaltung begleitet den Prozess des Bürgerhaushaltes inhaltlich und organisatorisch koordinieren. Dieses Gremium solle dann auch an der Entwicklung der verbindlichen Qualitätskriterien der Beteiligung in Erfurt mitwirken.

Außerdem solle der Bürgerbeteiligungshaushalt **unabhängig vom städtischen Haushalt** etabliert werden, d.h. sich nicht dem zeitlichen Ablauf der Haushaltsfindung unterordnen. Lediglich zu Entscheidungs- bzw. Abstimmungsprozessen sollten sich beide „Kreisläufe“ überschneiden.

In einer Veranstaltung wurde diskutiert, dass es für die Etablierung einer bürgernahen Beteiligungskultur notwendig sei, **den Bürgern/innen „kreativen Raum“ zu geben**, der es ermöglicht zu experimentieren und neue Ideen zu entwickeln.